

Frau Schulenburg (Bündnis 90/Die Grünen) führte kurz in den Antrag ein und bekräftigte die Ausführungen des Vorsitzenden zur Sitzungsvorlage unter TOP 8.

Frau Friedhofen (Der Paritätische) als Trägervertreterin für drei Kitas wies darauf hin, dass es sich eher um ein politisches Problem handele. Ein Pool höre sich zwar interessant an, jedoch fände aus ihrer Erfahrung aufgrund des bestehenden Fachkräftemangels schon jetzt ein Hopping zu Kitas mit scheinbar besseren Bedingungen statt. Wenn schon über zusätzliche Schulen gesprochen würde, so müsse auch an die nötige Personalisierung gedacht werden. Daran fehle es. Es müsse anders auf die Situation geschaut und die Landesregierung einbezogen werden. Das System der Personalisierung müsse geändert werden, z.B. Gruppenverkleinerung, Erhöhung der Personalschlüssel, Veränderung von Arbeitszeiten. Sie führte aus, dass es einen hohen Bedarf an Teilzeitbeschäftigung bei den Erzieherinnen gibt.

Herr Dr. Beckmann (CDU-Fraktion) griff die Ausführungen auf und fragte nach, ob man die Menge der in Hennef gewonnenen Fachkräfte quantifizieren könne.

Der Vorsitzende, Herr Waldästl, verwies auf die Homepage der Stadt Hennef. Dort sei aufgeführt, dass im Zeitraum vom 01.02.2023 bis 31.05.23 insgesamt 28 Fach- und 12 Ergänzungskräfte akquiriert werden konnten.

Frau Schütze (FDP-Fraktion) bekräftigte, dass ihre Fraktion diesen wichtigen Antrag unterstütze, da ausreichend Personal und gute Ausbildung Grundlage in der Kita-Arbeit sein müsse.

Herr Hensel (DPBM Stamm Rote Corsaren) fragte nach, worin der Mehrwert zu sehen sei, die Statistiken auf die Homepage zu stellen.

Außerdem erkundigte er sich nach der Auslastung und der Auskömmlichkeit von Lehrpersonal an Schulen für PiA-Kräfte. Zudem frage er sich, ob eine weitere Schule im Stadtgebiet Sinn machen würde. Dies sei mit Investitionskosten verbunden.

Der Vorsitzende, Herr Waldästl, verwies auf die Kreisverwaltung. Laut dieser gebe es zu wenig Plätze für zu viele Bewerbungen an den Schulen für PiA-Kräfte.

Frau Schulenburg (Bündnis 90/Die Grünen) führt aus, dass Voraussetzung für eine Bewerbung sei, dass eine Praktikumsstelle nachgewiesen wird. Daher wären diese Menschen drei Jahre hier gebunden.

Herr Beiersdorf-Ei Schallah (CDU-Fraktion) erkundigte sich nach den Zahlen der freien Träger, die laut Vorlage in der in der JHA-Sitzung mitgeteilt würden.

Frau Machein (Verwaltung) teilte mit, dass die Verwaltung für 24 von 29 Einrichtungen die Rückmeldung erhalten hat, dass 7,4 Vollzeitäquivalente vakant seien.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, daher leitete der Vorsitzende zur Abstimmung über